presse

AG Menschenrechte und humanitäre Hilfe

Ungarn plant Angriff auf die Zivilgesellschaft

***Frank Schwabe**, menschenrechtspolitischer Sprecher:*

Die rechtskonservative Regierung Ungarns will Nichtregierungsorganisationen (NGOs), die Flüchtlinge in Ungarn unterstützen, mit einer Strafsteuer belegen. Heute wurde diese Steuer in Höhe von 25 Prozent auf ausländische Spenden beschlossen.

„Das Gesetzespaket der ungarischen Regierung ist ein Angriff auf den ungarischen Rechtsstaat und alle Menschen, die sich für grundlegende Menschenrechte einsetzen. Sollte das ungarische Parlament dieses Gesetzespaket verabschieden, muss die Europäische Union entschlossen gegen Ungarn vorgehen und das eröffnete Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn entschieden vorantreiben.

Die Sondersteuer in Höhe von 25 Prozent war Teil des ursprünglichen ‚Stop-Soros'-Gesetzentwurfes. Nach scharfer Kritik aus dem Ausland – unter anderem durch die Venedig-Kommission des Europarates – entfernte die Regierung die Strafsteuer aus dem Gesetzentwurf, um sie schließlich über die Steuergesetzgebung zu beschließen.

Das ‚Stop-Soros-Gesetz' richtet sich vor allem gegen den US-Milliardär Georg Soros, der zahlreiche Zivilorganisationen in Ungarn unterstützt. Die neue Fassung des Gesetzes sieht vor, dass Organisationen die Flüchtlingen helfen, künftig die Genehmigung des Innenministeriums benötigen, Helferinnen und Helfern der Zugang zum Grenzgebiet verboten werden kann und Ausländerinnen und Ausländern, die Flüchtlingen helfen, des Landes verwiesen werden."